




**Multiple Krisen – Erfahrungen,
Bewältigungsstrategien,
Zukunftsvisionen**

**Ein Bericht
aus Hamburger
Forschungswerkstätten**



Christine Hentschel
Ann-Kathrin Benner
Holger Niemann
Ursula Schröder



Vorwort

»Wir geben gesellschaftlich relevanten Themen Raum und sind wichtige Orte in der Nachbarschaft.« Dieser Satz ist Teil des Leitbilds der Bücherhallen und einer der Gründe, warum wir MUVE einen Raum geben wollten.

Die Bücherhallen sind Diskurs-Ort, gerade weil unsere Gäste heterogen sind und natürlich auch, weil es Bücherhallen in den vielen unterschiedlichen Stadtteilen Hamburgs gibt. Ein Projekt, in dem Wissenschaft und Bevölkerung in unterschiedlichen Teilen der Stadt gemeinsam lernen und verstehen wollen, wie demokratische Gesellschaften multiple Krisen besser bewältigen können, ist perfekt für die Bücherhallen.

Es gibt unseren Gästen die Möglichkeit, ihre Fragen und auch ihr Wissen weiterzugeben und zeigt damit natürlich auch die Relevanz, die unsere Orte haben. MUVE hat uns die Möglichkeit gegeben, zu zeigen, dass wir Information und Beteiligung ermöglichen.



Frauke Untiedt,
Direktorin der Hamburger
Öffentlichen Bücherhallen



Angabe
 - Schaff
 - bedürfnis orientiert
 - persönliche Orientierung
 - Sprache / Inhalt

Probleme
 - Erlernen
 - 201
 - Atmung
 - K
 - (Vierwöchiger)

Initiative
 - greifen
 - erwerbigen
 - soziale Verantwortung
 - gezielt
 - "plastische"
 - "Körperfrei"
 - "Müllfrei"

same
 - en
 - festeres
 - Bild malen
 - > Musizieren



Vorwort

MUVE — das erinnert an Bewegung! Und sich zu bewegen, sich zu beteiligen, mitzuwirken, mitzudenken, sind wesentliche Bausteine einer modernen politischen Bildung. Im Diskurs eigene Positionen zu erkennen und zu entwickeln, verhilft damit auch zugleich die Überlegung anzustellen, ob man sich nicht aktiv in der Gestaltung des Stadtraums oder der eigenen lokalen Verortung (dem eigenen »Kiez«) beteiligen sollte und möchte.

Das Projekt MUVE enthält eine große Chance, Diskursräume auszuloten und damit eine informelle Diskursrunde zusammen zu stellen, die sich zeitlich begrenzt mit Themen befasst, die in ihr eine Mehrheit aus der Vielheit der Interessenlagen der Beteiligten generiert.

Damit ist MUVE ein aus Sicht der Landeszentrale wegweisendes Projekt mit freiwilliger Diskussionsbasis, frei identifizierten Themen und begleiteter, aber nicht gelenkter Gesprächsmöglichkeit. Umso überzeugter hat sich die Landeszentrale für politische Bildung Hamburg daran beteiligt. Die Ergebnisse haben uns überzeugt!



Dr. Sabine Bamberger-Stemann,
Direktorin der
Landeszentrale für
politische Bildung Hamburg

Unser Team

Ann-Kathrin Benner, Universität Hamburg und IFSH, koordinierte das Projekt, konzipierte es federführend mit und führte zusammen mit Holger Niemann die Forschungswerkstatt in Blankenese durch.

Prof. Dr. Christine Hentschel, Universität Hamburg, brachte ihre Expertise aus der Stadtforschung, der Soziologie und der sozialwissenschaftlichen Forschung zu Resilienz und Sicherheit ins Projekt und führte Werkstätten in Wilhelmsburg und in der Zentralbibliothek durch.

Dr. Esther Meyer ist Beraterin und hat das Team mit ihren innovativen Methoden und Erfahrungen in der Durchführung partizipativer Forschungsprojekte unterstützt. Sie hat außerdem einige der Forschungswerkstätten moderiert.

Dr. Holger Niemann, IFSH, konzipierte das Projekt federführend mit und führte zusammen mit Ann-Kathrin Benner die Forschungswerkstatt in Blankenese durch.

Prof. Dr. Ursula Schröder, Universität Hamburg und wissenschaftliche Direktorin des IFSH, leitete das Projekt und führte Forschungswerkstätten in der Zentralbibliothek durch.

Thorben Witt war wissenschaftliche Hilfskraft im Projekt und hat die Durchführung der Forschungswerkstätten organisatorisch unterstützt, bei der Recherche und Datensammlung mitgewirkt sowie die Projektkoordination unterstützt.

Forschungswerkstätten zu multiplen Krisen in Hamburg

Auf welche Weise sind Krisen wie die Pandemie, die Klimakrise und der Krieg in Europa im Alltag der Menschen in Hamburg angekommen? Bisher gibt es nur wenig Wissen darüber, wie Hamburger:innen die vielfältigen Krisen der Gegenwart wahrnehmen, welche Lernprozesse sie für den Umgang mit Krisen in den letzten Jahren entwickelt haben und wie sich dies in unterschiedlichen Zukunftsentwürfen widerspiegelt.

Ziel unseres Projektes war es, aus den unterschiedlichen Wissensbeständen von Menschen in verschiedenen Hamburger Stadtteilen zu genau diesen Fragen mehr zu erfahren und so Perspektiven für zukünftige Forschungsschwerpunkte entwickeln zu können. Denn in der sozialwissenschaftlichen Forschung zu Krisen wird schon jetzt davon ausgegangen, dass sich Gesellschaften im Zeichen zunehmender Krisen und Katastrophen grundlegend verändern werden. Wie diese Veränderungen ablaufen und welche Rolle Themen wie staatliche Krisenvorsorge und gesellschaftliche Anpassungsfähigkeit angesichts veränderter Herausforderungen spielen werden, ist bislang aber noch weitgehend unbekannt. Um über diese Themen mit Hamburger:innen ins Gespräch zu kommen, haben wir, ein kleines Team von

Forschenden der *Universität Hamburg* und des *Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH)*, gemeinsam mit den *Bücherhallen Hamburg* und der *Landeszentrale für politische Bildung* in verschiedenen Hamburger Stadtteilen sogenannte »Forschungswerkstätten« veranstaltet. Die »Forschungswerkstätten Krisen!« fanden in den Bücherhallen Elbvororte, Wilhelmsburg sowie in der Zentralbibliothek am Hühnerposten im Frühjahr 2023 statt. Mehr als sechzig Menschen (nicht nur) aus Hamburg kamen zusammen, um über die vielfältigen, miteinander verwobenen Krisen unserer Zeit zu sprechen, und darüber zu reflektieren, wie man mit ihnen umgeht und wie man aus ihnen heraus Zukunft gestalten kann. Die Kommunikation in den Forschungswerkstätten war offen und respektvoll, der Charakter der Veranstaltungen informell. Da die Werkstätten in öffentlichen Räumen der Bücherhallen stattfanden, konnten auch Kurzentschlossene spontan teilnehmen. Insgesamt sollte das Angebot niedrigschwellig, einladend und unterhaltsam sein und dazu ermuntern, den Bogen von der Politik »da draußen« zu »uns hier« zu schlagen.

Mit den Forschungswerkstätten trägt das Projekt zu aktuellen Debatten und Bemühungen

Warum Hamburger:innen mitmachen wollten

Die Menschen, die an unseren Werkstätten teilnahmen, kamen aus ganz unterschiedlichen Motivationen zu uns. Manche kamen für nur eine Werkstatt, andere waren gleich bei mehreren Forschungswerkstätten oder an unterschiedlichen Standorten dabei. Einige nahmen teil, um partizipative Methoden in der sozialwissenschaftlichen Forschung kennenzulernen und selbst auszuprobieren. Viele zeigten sich interessiert an einem Gesprächsangebot, das über die eigenen Kreise hinausgeht, um »mit Menschen außerhalb der eigenen Bubble in Kontakt zu kommen,« wie es eine Teilnehmerin ausdrückte. So unterschiedlich wie ihre Motivationen waren auch die Teilnehmenden selbst, mit Blick auf ihr Alter, das von Anfang zwanzig bis Mitte siebzig reichte, die gesprochenen Sprachen, die beruflichen Tätigkeiten und die soziale Herkunft der Teilnehmenden. Gemeinsam war den Teilnehmenden an allen Standorten aber oft ein ausgeprägtes gesellschaftspolitisches Engagement: Viele von ihnen engagierten sich in Nachbarschaftsinitiativen, Vereinen, bei sozialen Trägern, staatlichen Bildungseinrichtungen oder auch im Katastrophenschutz. Auffallend war die überdurchschnittlich hohe Beteiligung von Frauen. Insgesamt lag der Frauenanteil bei annähernd 70 Prozent der Teilnehmenden.

bei, Bürger:innen in wissenschaftliche Prozesse einzubeziehen, um komplexe gesellschaftliche Probleme zu bearbeiten. Unter Begriffen wie »Bürger:innenwissenschaft« oder »Citizen Science« findet diese Art der Forschung bereits seit vielen Jahren zu Themen wie Mobilität im urbanen Raum, Klimaanpassung oder nachhaltiger Entwicklung statt. Die Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung hat sich hier bislang eher zurückgehalten. Das liegt zum einen daran, dass Themen der internationalen Politik wie z.B. nukleare Bedrohungen oder Fragen der europäischen Sicherheit auf den ersten Blick vermeintlich keinen starken Alltagsbezug haben und scheinbar keine lokalen Lösungen zu bieten haben. Es liegt aber auch daran, dass in dieser Forschungstradition bislang ein eher traditionelles Verständnis von Wissenstransfer vorherrscht. Wissenstransfer wird dabei als Prozess verstanden, in dem wissenschaftliche Expertise genutzt wird, um gesellschaftliche Debatten zu informieren und politische Entscheidungsträger:innen zu beraten. Die Idee der Forschungswerkstätten betont hingegen,


dass auch bei solchen Themen der Wissensaustausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft wichtig ist und dass das Von-einander-Lernen in beide Richtungen geht.

Was wir in diesem Projekt gelernt haben und welche Denkanstöße wir daraus für unsere eigene Forschung mitnehmen, aber auch welche Botschaften wir an die Stadtöffentlichkeit und Politik weitergeben wollen, ist Gegenstand dieser Broschüre. Sie bringt Impulse, Eindrücke und Aussagen aus den einzelnen Werkstätten zusammen, die uns überrascht oder bewegt haben — und hat nicht den Anspruch, Fakten oder fertige sozialwissenschaftliche Analysen zu liefern. Anstelle von Repräsentativität, Vergleichbarkeit oder Vollständigkeit geht es uns darum, zu berichten, welche Stimmungen wir unter den Beteiligten wahrgenommen haben, welche Themen die Menschen in den Werkstätten beschäftigt haben und wie wir konkret vorgegangen sind, um gemeinsam ins Gespräch zu kommen.

Krisen der Gegenwart im Blick der Forschung

Was sind Krisen? Was bewirken sie? Und warum ist es wichtig, sich mit Krisenwahrnehmungen und Krisenbewältigungen im Alltag zu beschäftigen? Der Begriff *Krise* leitet sich aus dem Griechischen

krinein ab, was so viel bedeutet wie unterscheiden, auswählen, entscheiden oder urteilen. Krisen fordern also dazu auf, Urteile zu fällen und Dinge zu verändern.



Was partizipative Forschungsmethoden für die Untersuchung von Krisenwahrnehmungen leisten können

Forschungswerkstätten geben beteiligten Bürger:innen eine aktive Rolle im Forschungsprozess und ermöglichen gemeinsames Lernen. Unsere Werkstätten zielten darauf, Bürger:innen als Mitforschende in den Forschungsprozess einzubinden: das heißt mit ihnen gemeinsam Themen zu finden, die die Forschung ernst nehmen sollte; selbst Forschungsfragen zu formulieren; oder in Vorbereitung auf die Werkstatt mit Freund:innen, Kolleg:innen und Familienangehörigen über Erfahrungen und Zukunftsvisionen zu sprechen und diese einzubringen. Unsere Erwartung war, dass sozialwissenschaftliche Forschung durch solche partizipativen Formate gesellschaftlich relevanter wird und gleichzeitig ihre Bedeutung für Hamburger:innen deutlicher wird.

Krisen treffen Menschen unterschiedlich. Sie können dabei auch soziale Ungleichheiten verstärken, wie es die Corona-Pandemie gezeigt hat. Nicht alle Krisen erhalten die gleiche öffentliche Aufmerksamkeit. Wie Krisen wahrgenommen werden, beeinflusst auf welche Weise und mit welchem Nachdruck Lösungsansätze gesucht werden. Krisenwahrnehmungen sind aber auch gesellschaftliche Selbstbeschreibungen. Sie verweisen darauf, wie wir uns unterschiedlich betroffen zeigen und dem, was schiefläuft, begegnen: mit Angst und Wut, mit Solidarität und Geduld, mit Aggression oder mit »schlafwandlerischer Ruhe am Abgrund«, wie es Teile der Klimabewegung angesichts der zu zaghafte Klimaschutzbemühungen beklagen.

Krisen können für Menschen eine Ausnahmesituation sein, nach der sie versuchen, zur Normalität zurückzukehren. Oft werden Sie aber auch Teil des Alltags: als chronische Krise oder als Dauerzustand. Dies ist im globalen Kontext, wie auch

innerhalb Hamburgs, unterschiedlich und wird jeweils anders beschrieben und interpretiert.

Mit »multiplen Krisen« meinen wir eine komplexe Krisenkonstellation, die wirtschaftliche politische und sozial-ökologische Krisen umschließt. Die einzelnen Krisen existieren dabei nicht einfach nur nebeneinander, sondern beeinflussen sich gegenseitig: Entwicklungen in einem Feld können zur Eskalation in einem anderen führen. Als multiple Krisen überlagern sich zum Beispiel Klimakrise, Energiekrise, Kriege, Inflation, Pandemien und können sich gegenseitig verstärken. Die komplexen Zusammenhänge zwischen verschiedenen Krisen fordern den Staat als zentralen Akteur bei ihrer Bewältigung doppelt heraus. Zum einen, weil Krisen um staatliche Ressourcen konkurrieren und Verteilungskonflikte verschärfen. Zum anderen, weil die Komplexität multipler Krisen die Problemlösungsfähigkeit staatlicher Akteure grundsätzlich in Frage stellt, wie etwa in der Klimakrise.

Krisenwahrnehmungen aus Hamburg

Was nehmen Hamburger:innen als Krisen wahr und wie erleben sie diese in ihrem Alltag? Die folgenden Eindrücke aus den Forschungswerkstätten geben unsere Beobachtungen zu diesen Krisenwahrnehmungen wieder und berichten —

ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität — über die Themen und persönlichen Geschichten, die dabei im Vordergrund standen.



Warum Bilder und Objekte

Wir haben Bilder und Objekte vorstellen lassen, die für die Teilnehmenden repräsentativ für unterschiedliche Krisen bzw. unterschiedliche Wege des Umgangs mit Krisen standen. Im Zwiegespräch versuchten die Teilnehmenden zu raten, warum ihr Gegenüber einen bestimmten Gegenstand mitgebracht hatte, bevor die Teilnehmenden jeweils selbst ihre Wahl begründeten. Insgesamt zeigte die Diskussion, wie leicht sich die Teilnehmenden in den Objekten und den dazugehörigen Geschichten anderer Menschen wiederfanden; der stark vergemeinschaftende Charakter von Krisen wurde durch diese Alltagsgegenstände besonders deutlich. Allen war klar, warum ausgerechnet eine Rolle Toilettenpapier als Symbol für den Alltag in der Pandemie und die Verschränkung von Gesundheits- und Versorgungskrise interpretiert wurde: Es stand gleichzeitig für eine bis dahin weitgehend unerwartete Verletzlichkeit, aber auch für Hysterie, Selbstironie und Spott in den ersten Monaten der Pandemie. In dieser vielfältigen emotionalen Aufladung sind Krisenobjekte ein besonders interessantes und niedrigschwelliges Instrument der gemeinsamen Reflexion.

KRISENBILDER

Unter der Fragestellung »Welche Krisen beschäftigen mich« wählten Teilnehmende einer Werkstatt in der Zentralbibliothek Bilder aus einer vorbereiteten Fotosammlung aus und berichteten der Gruppe, warum sie sich für diese Bilder entschieden hatten. Auf den ausgesuchten Bildern waren von Atompilzen über zerstörte Straßen oder Gebäude bis hin zu einem Wahlstand der AfD verschiedene Dinge zu sehen. Der »letzte Sommer vor der Klimakrise« wurde mit dem Foto eines Sonnenstrahls illustriert. Gemeinsam erstellten wir eine Übersicht, auf der die verschiedenen Perspektiven abgebildet wurden und setzten sie zueinander in Beziehung. Dabei fanden wir unterschiedliche thematische Cluster, um die sich die Diskussionsbeiträge gruppieren ließen. So kamen wir auf die von vielen als zentral angesehene soziale Krise, die Energiekrise, die Bildungskrise — aber auch auf eine Wissenskrise und andere Formen der Entsolidarisierung und Radikalisierung in der Gesellschaft. Die Beteiligten fühlten sich dabei nicht immer in ihrem Privatleben von Krisen betroffen, sondern verwiesen oft auf ihre ehrenamtliche oder berufliche Tätigkeit in Bereichen, in denen sich die Auswirkungen von Krisen zeigen.

In der Sammlung und Visualisierung der vielfältigen Krisenthemen kristallisierte sich das heraus, was in politischen Debatten als »Krisenmüdigkeit« beschrieben wird: eine gewisse Erschöpfung

angesichts der Vielzahl von Krisen, die — einmal aufgefächert — unsere Wahrnehmungs- und Einfühlungsfähigkeit überfordern kann. Zugleich ermöglichte die Auseinandersetzung mit den Bildern eine Reflexion über die unterschiedliche Sichtbarkeit oder Unsichtbarkeit von Krisen und den Menschen und Gruppen, die von ihnen betroffen sind. Teilnehmende kritisierten etwa die mediale Darstellung von Krisen. Menschen, die am stärksten von Krisen betroffen seien, würden in der Berichterstattung nicht angemessen abgebildet, ja sogar unsichtbar gemacht werden. Entweder, weil sie auf den Bildern nicht zu sehen seien, oder lediglich als Opfer dargestellt würden. Notwendig wäre mehr Mitgefühl als Fähigkeit Betroffenheit zu zeigen ohne (selbst direkt) betroffen zu sein, wie eine Teilnehmerin der Werkstätten betonte. Dies würde bedeuten, so die Teilnehmerin, darauf zu achten, wer nicht gesehen werde und diesen Menschen eine Stimme zu geben, ohne sie als Opfer zu stilisieren.

KRISENOBJEKTE

In der Bücherhalle Elbvororte baten wir die Teilnehmenden, Gegenstände mitzubringen, die sie mit Krisen in ihrem Alltag in Verbindung bringen. Manche Teilnehmende brachten Klopapier mit, andere Geldscheine, wieder andere ihr Handy. Ein Teilnehmer berichtete, dass ihn die Debatte um Toilettenpapier als Mangelware zu Beginn der Pandemie daran erinnerte, wie anfällig globale

Warum Geschichten?

Durch das Erzählen von Geschichten werden konkrete Verhältnisse oft besonders detailliert beleuchtet und Menschen bringen dabei zum Ausdruck, was ihnen wichtig ist, was sie frustriert oder was sie bewegt. Dabei erweisen sich Geschichten als gemeinsames Gut. So passierte es oft, dass andere im Raum zustimmend nickten, wenn jemand eine bekannte Geschichte aus der Nachbarschaft erzählte, und eine andere Person einen weiteren Strang oder eine andere Sichtweise des Geschehens hinzufügte. Dabei entstand eine Diskussion über gemeinsame Krisenerfahrungen und über Einschätzungen, wie sinnvoll und konstruktiv damit umgegangen wurde. Es wurde bewegt zugehört, mitunter auch gelacht und gestaunt oder mit dem Kopf geschüttelt und die Diskussion war nicht mehr eine über Fakten und Entwicklungen »da draußen« und Entscheidungen »da oben«, sondern konnte von konkreten Betroffenheiten ausgehen, die oft geteilte Betroffenheiten sind.

Lieferketten sind und in welche wirtschaftlichen Abhängigkeiten sich Gesellschaften dadurch begeben. Einige Teilnehmende, die in Ländern aufgewachsen sind, in denen es z.B. bereits infolge von Krisen zu massiven Geldentwertungen gekommen war, erinnerten mit Gegenständen wie einem libanesischen Geldschein daran, dass das, was die einen als Ausnahmesituation wahrnehmen, wie die aktuelle Inflation in Deutschland und Europa, für andere erwartbarer Teil ihrer Lebenswirklichkeit und Normalität ist. Andere Teilnehmende betonten die Rolle der Kommunikation in Krisen sowie deren möglichen Zusammenbruch. Beispielhaft wurde hier etwa das Handy genannt, dessen Akku täglich aufgeladen werden muss, oder die Messenger-Dienste mit ihrer schlecht geschützten privaten Kommunikation. All diese Beispiele unterstrichen, dass die Krisenwahrnehmungen für die Teilnehmenden der Werkstätten oft unmittelbar mit ganz konkreten Objekten verbunden waren. Sie zeigten aber auch, wie sehr Krisen und der Umgang mit ihnen den Alltag verändern können, etwa wenn mögliche Versorgungsengpässe die individuellen Einkaufsstrategien beeinflussen und die Bevorratung mit Klopapier plötzlich existenzielle Dimensionen bekommt.

KRISENGESCHICHTEN

In Wilhelmsburg luden wir die Beteiligten ein, anhand von mitgebrachten Geschichten gemeinsam darüber ins Gespräch zu kommen, wie sich die

verschiedenen Krisen der Gegenwart in ihrem konkreten Lebensumfeld zeigen. In diesen Geschichten kamen Gefühle wie Ohnmacht, Resignation und Hoffnungslosigkeit zum Ausdruck, aber auch Zuversicht angesichts mancher Initiativen, die Menschen zur Bewältigung der vielfältigen Krisen bereits ergriffen haben. Es ging um konkrete Konflikte wie Autobahnausbau, Wohnraum oder die Kriminalisierung von Klimaprotesten, aber auch um Rassismuserfahrungen im persönlichen Umgang mit Behörden. Selten wurden Krisenerfahrungen unabhängig von konkreten Krisenbewältigungsstrategien erzählt.

KRISENZEITEN

Die zeitliche Dimension von Krisen spielte in allen Werkstätten eine wichtige Rolle. Sie wurde von den Teilnehmenden allerdings ganz unterschiedlich wahrgenommen: Überspitzt formuliert lag für die einen die Krise oder gar Katastrophe in der Zukunft, als dystopisches Szenario eines Zusammenbruchs gesellschaftlicher Infrastrukturen, die grundsätzliche Fragen der Versorgungssicherheit aufwarfen. Für andere war der Gedanke, sich auf eine unsichere Zukunft vorbereiten zu müssen weniger präsent, denn Krisen waren für sie in der Gegenwart, allgegenwärtig und forderten schon heute die volle Aufmerksamkeit.

So erschienen in den Diskussionen in der Zentralbibliothek und in der Bücherhalle Elbvororte in

“Eine Geschichte aus Wilhelmsburg handelte davon, wie nach gewalttätigen Übergriffen auf FLINTA*-Personen durch migrantisch gelesene Jugendliche während der Pandemie konstruktive Lösungen in der Nachbarschaft gefunden wurden, die Schutzbedürfnisse mit Freizeitangeboten und Aufklärung verbanden. Mit zahlreichen Initiativen – von Boxcamps, Elterngesprächen und Telegramm-Gruppen bis hin zur Einrichtung eines Treffpunkts für queere Jugendliche – wurde den ebenfalls präsenten Rufen nach Bürgerwehr und der Tendenz zur Verhärtung der Fronten entgegengewirkt, so die Reflexion in der Geschichte. Ein anderes Beispiel war der Umgang mit dem Bekanntwerden rechtsextremer Vorfälle im Polizeikommissariat 44, der in Wilhelmsburg als Erfolgsgeschichte gilt. Hier gelang es, durch öffentlichkeitswirksame Anhörungen und vielfältige Bündnisse, Druck auf die Polizei auszuüben, die Vorfälle nicht als Bagatelle abzutun, sondern die eigene alltägliche Berufspraxis kritisch zu hinterfragen.

”

Mit der Formulierung FLINTA sind Frauen, Lesben, intersexuelle, nichtbinäre, trans, agender und weitere nichtbinäre Geschlechtsidentitäten, die sich keiner dieser genannten zuordnen lassen, gemeint. Sie alle sind in besonderem Maße von Diskriminierungen betroffen.

Blankenese Krisen eher abstrakt und ihre Auswirkungen — wie Ressourcenknappheit, die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich, oder Engpässe in der Energieversorgung und der Kommunikation — wurden eher in der Zukunft verortet. In Wilhelmsburg waren die Sorgen dagegen viel stärker auf die Bewältigung des Alltags gerichtet. Zugespitzt lässt sich für diese zeitlich unterschiedliche Verortung von Krisen sagen, was im globalen Kontext für die Klimakrise zutrifft: Die einen machen sich Sorgen um die Zukunft, während sie von der Krise der Gegenwart (noch) nicht (allzu) betroffen sind, für die anderen ist die Krise längst spürbar und wird durch ihre prekären Lebensverhältnisse verstärkt. In Wilhelmsburg führten zudem transnationale familiäre Verbindungen dazu, dass Entwicklungen wie die politische Unterdrückung im Iran oder das Erdbeben in Syrien und der Türkei stärker als Teil der eigenen Krisenrealität wahrgenommen wurden und sich die Menschen davon betroffen fühlten.

Krisenbewältigungen

Von welchen Strategien zur Bewältigung von Krisen berichten die Hamburger:innen? Auf welche Ressourcen können sie dabei zurückgreifen und wen sehen sie überhaupt in der Verantwortung für den Umgang mit den multiplen Krisen unserer Zeit?

STAATLICHE ODER GEMEINSCHAFTLICHE LÖSUNGSANSÄTZE

Besonders auffällig für uns war, dass die Erwartungen an die Handlungsfähigkeit des Staates in allen Diskussionen eher gering waren und die Teilnehmenden stattdessen auf lokale, gemeinschaftliche Lösungen setzten. Diese ambivalenten Erwartungen an und Erfahrungen mit dem Staat einerseits und die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure andererseits war für uns insgesamt einer der prägendsten Eindrücke der Werkstätten.

In den Diskussionen in Wilhelmsburg wurde der Staat auf den unterschiedlichen Ebenen entweder als machtlos oder als weit entfernt von den Bürger:innen beschrieben. Die Teilnehmenden berichten von der Erfahrung, nicht gehört zu werden; davon, dass ihnen deutsche Behörden nicht vertrauten; oder von der Beobachtung, dass staatliche Stellen die Verantwortung lieber an die gut funktionierende gemeinschaftliche Infrastruktur im Stadtteil zurückgaben. Staatliche Strukturen erschienen selbst selten als Adressat von Forderungen oder als Objekt von Veränderungsbemühungen: Die Erwartungen an die Handlungsfähigkeit des Staates waren insgesamt gering.

Uns fiel vor allem in Wilhelmsburg auf, dass die Menschen bei ihrer Suche nach Möglichkeiten zur Krisenbewältigung weniger auf bestehende offizielle Strukturen setzten. Vielmehr suchten sie nach Wegen, »die mit den Leuten was zu tun

haben«, wie es eine Teilnehmerin formulierte. Hierbei ging es darum Lösungen zu finden, die zur lokalen Situation passten, die Befindlichkeiten und Besonderheiten beachteten und vielleicht auch Kompromisse oder ungewöhnliche Kombinationen eingingen. Im Mittelpunkt stand, wie krisenhafte Ereignisse und Entwicklungen im Stadtteil »aufgefangen« werden konnten, u.a. durch die Schaffung von Räumen, in denen soziale Begegnung möglich war. Ein Teilnehmer bescheinigte dem Stadtteil eine Art geteiltes »Krisenbewusstsein«. Damit war gemeint, dass in Wilhelmsburg eine Sensibilität für die sozialen und kulturellen Problemlagen und ein Verständnis von Armut, rassistischen Anfeindungen und Wohnungsnot ausgeprägter sei als in weniger heterogenen Stadtteilen. Das gelte auch für Menschen, die nicht direkt betroffen seien, aber durch die Nähe zu vielen, deren tägliche Existenz ein Kampf gegen die Dauerkrise ist, ein konkretes Verständnis von Betroffenheit entwickelt haben.

In der Bücherhalle Elbvororte in Blankenese wurden vor allem Szenarien zukünftiger Krisen diskutiert. In diesen Diskussionen wurde zum einen darauf verwiesen, dass der Staat im Krisenfall nur eine eingeschränkte Handlungsmacht hätte und sich Bürger:innen deshalb untereinander selbstständig vernetzen und gegenseitig lokal helfen müssten. Zum anderen wurde der Staat selbst als potenziell problematischer Akteur verstanden, vor dessen übergreifiger Überwachung etwa

die digitale Kommunikation geschützt werden müsse, oder dessen Infrastrukturen in zukünftigen Katastrophenfällen zusammenzubrechen drohten. Gleichzeitig wurde immer wieder die Notwendigkeit von sozial-ökologischer Transformation betont und die Frage aufgeworfen, wer »das Notwendige ins Rollen bringt«. Dafür brauche es »Zukunftsforen« in allen Stadtteilen, auch um lokale »Bottom-Up«-Perspektiven deutlich werden zu lassen. Hier gelte es von Ländern des globalen Südens zu lernen, wo soziale Netzwerke, informelles Know-How und Tauschgeschäfte in schwierigen Situationen lebenswichtig seien, gerade was die Bedeutung von Gemeinschaft und Gemeinschaftlichkeit angehe. Umso schwerer wiege es, dass auch in den Elbvororten Räume der Gemeinschaft fehlten, in denen solche Netzwerke gebildet und gestärkt werden könnten. Insgesamt müsste nach Ansicht der Teilnehmenden Resilienz und Anpassung mit wirklicher Nachhaltigkeit gekoppelt werden, d.h. Krisenbewältigung sollte nicht auf eine größere Anpassungsfähigkeit an Krisen zielen, sondern auch eine gesellschaftliche und ökonomische Transformation unserer Lebensgrundlagen anstreben.

WAS SOLL DER STAAT SCHÜTZEN UND AUF WELCHE WEISE?

In der Zentralbibliothek drehte sich eine ganze Werkstatt um die Frage, ob sich die Anwesenden ausreichend vor den multiplen Krisen geschützt

fühlten, wie der Staat die Bevölkerung schützen könne — oder ob er vielleicht zu viel oder nicht das Richtige schützt. Dabei wurde der Begriff des Schutzes unterschiedlich interpretiert und diskutiert. Zum einen betonten Teilnehmende, dass die Idee staatlichen Schutzes eher konservativ sei: Der Staat »schützt, was da ist«. Staatliche Institutionen erhielten den Ist-Zustand, statt neue Formen von Schutz und Unterstützung in einer krisenhaften Welt aufzubauen und zu erproben. Hinzu kam, dass staatliche Schutzorgane wie die Polizei mitunter mit Argwohn betrachtet wurden. So berichteten einige Teilnehmende, dass Menschen in Uniform bei ihnen Unbehagen auslösten, z.B. aufgrund von polizeilichen Übergriffen an der U-Bahnstation Schlump, die es in der jüngsten Vergangenheit gegeben hatte, oder wegen der Zusammenarbeit zwischen dem Verfassungsschutz und dem »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU). Eine andere Teilnehmende beschrieb, dass sie »eigentlich nie das Gefühl hatte, schutzbedürftig zu sein«. Mehr Schutz würde auch nicht notwendigerweise zu mehr Sicherheit führen, formulierte ein Teilnehmer: »Der deutsche Staat kann viel schützen, aber deswegen fühle ich mich nicht sicher.«

Zum anderen wurden konkurrierende Schutzbedürfnisse artikuliert und die Beobachtung geäußert, dass sich die Verantwortung des Staats für den Schutz unterschiedlicher Güter über die Zeit verändert habe. Auch die Schutzerwartungen



unterschieden sich nach Generationen: Menschen, die früh existenzielle Unsicherheit erlebt haben, hätten danach ein anderes Schutzbedürfnis als Menschen, die im Frieden aufgewachsen waren. Zudem steige heute die Anspruchshaltung der Bürger:innen an den Staat,

während vielen Menschen gar nicht bewusst sei, dass ein Großteil des uns bekannten Schutzes von Freiwilligen und Ehrenamtlichen, z.B. bei der Freiwilligen Feuerwehr oder dem Technischen Hilfswerk geleistet werde.

Im Ergebnis verwies die Diskussion auf zwei gegenläufige Trends: einerseits auf einen höheren Schutzanspruch an den Staat, andererseits auf ein tieferes Hinterfragen derjenigen staatlichen Institutionen, die für verschiedene Arten von Schutz verantwortlich sind. Dieses Auseinanderklaffen zwischen Erwartungshaltung und Schutzversprechen des Staates wurde in einer Kleingruppe exemplarisch auf einem Zeitstrahl dargestellt. Die Teilnehmenden berichteten über

ihre Überlegung, dass das gesellschaftliche Empfinden über staatliche Schutzleistung und Anspruch an Schutz einmal »synchron« war (z.B. zur Wendezeit), es heute aber nicht mehr sei. Am Beispiel der Klimakrise wurde aufgefächert, wie Handeln und Empfinden auseinanderklafften — dass »man die Infos und die Daten kenne, aber die Augen zumache. Da gehen das Bedürfnis und das Handeln des Staates extrem auseinander«, wie es eine Teilnehmerin ausdrückte.

Über die Krisen der Gegenwart in die Zukunft denken

In den letzten beiden Werkstätten richteten wir den Blick in die Zukunft. Welche Zukunftsvisionen haben die Hamburger:innen, oder ist das Nachdenken über die Zukunft durch gegenwärtige Krisen ganz verstellt? Wenn Krisen scheinbar überall, dauerhaft und so vielfältig sind, wie wir sie derzeit wahrnehmen und beschreiben, gerät die Gestaltbarkeit der Zukunft leicht aus dem Blick. Umso wichtiger war es uns, die Frage ins Zentrum zu stellen, wie sich die Menschen die Zukunft vorstellen und was es braucht, um sie aktiv zu gestalten.

Wie wird der Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg 2040 aussehen? Zum einen kamen Befürchtungen zum Ausdruck, dass alles schlimmer werden

könnte: Verdrängung durch Besserverdienende, Ghettoisierung und das Schrumpfen von Freiräumen der Gestaltung in verschiedenen Lebensbereichen. Zum anderen wurde Zuversicht vor allem mit Blick auf gemeinschaftsbildende Strukturen geäußert: »Wenn ich mit Leuten über die Zukunft spreche«, berichtet ein Teilnehmer, »dann geht es oft um Klimawandel und ähnliches, aber wenn es um den Stadtteil geht, dann ist die Vision der große Park!« Viele Teilnehmende betonten die Bedeutung der kleinen lokalen Nachbarschaften und der sie tragenden Gemeinschaften. Große Hoffnungen wurden in Selbstversorgungsstrukturen, regionale Lieferketten, lokale Energieversorgung und insgesamt in gestalterische Freiräume

Wilhelmsburg 2040

uppen
ermischen
sich

mehr
Nationalitäten
der Wilhelms-
burger*innen

Sprachhürden
bleiben
werden (aber) mit
verdrängt

schlechtere
Gesundheits-
versorgung

Landwirtschaft
vertrachtet

Verdr
→ wen
Selbsto
hürden

"ein wunder
schöner
Park"

Know How /
Potential

Wasserknapp-
heit

(noch)
weniger Geld
für Soziales

Schlimmer

vergessen
Ecke

wenn ich 80
bin, dann
wohne ich hier
(in einem Haus-
projekt)

Menschen
grüßen sich
auf der
Straße

vom Staat
nicht viel
zu erwarten

es wird
wie in der
Schaube

Ghetto-
Region

wenig
organisi
Bel
Wi

versorger-
hürden in
Häfen

Gärten als
Befestigungsorte
in
Klappen
zeiten

"haben wir
wenigstens
uns"

es wird
wie in der
Schaube

Verdrängung
nach
Hamburg
(oder woanders
hin)

günst
Räum
bed

Raum in der
Stadt wird
mehr Selbst
verwaltet

Kleine, lokale
Nachbarschaften
mit wenig Geld
Menschen zusammen
bringen

kein
(Spiel)platz
"mehr für
Künstler*innen"

digitale
Vernetzung, aber
keine analoge
Integration

Spdilitz
von
izierung-
für
e(?)

48h
Wilhelmsburg
"ein Feuer-
werk"

viel Techno
& mehr Vielfalt
bei 48h
Wilhelmsburg

digital
aufeinander
Achtgeben

digital
vernetzte Nach-
barschaften

aufeinander
"achtgeben"
via Messenger

weniger
Sprachhürden
durch
Technik

gesetzt, die sie auch aus bestehenden Räumen wie Schrebergärten etc. entstehen sahen. Geäußert wurde ein starker Wunsch nach gemeinschaftlicher Selbstwirksamkeit und Solidarität, sowie die Annahme, dass dies nur durch den Willen und die Beharrlichkeit der Menschen selbst geschehen könne. Bessere Bildungschancen, mehr Beteiligung von Jugendlichen und Kindern an politischen Prozessen sowie durchlässige Schulen, die im Stadtteil agierten und Wissen vermitteln, das für den Alltag der Jugendlichen von konkretem Nutzen wäre, waren zentrale Anliegen.

Die Zukunftsvisionen der Beteiligten in Wilhelmsburg speisten sich nicht so sehr aus allgemeinen globalen Trends, die lokal interpretiert wurden. Stattdessen basierten sie auf Beobachtungen des Stadtteilwandels in der Vergangenheit oder gingen von bekannten Gestaltungsprozessen aus, die Mut machten. Allen positiven Visionen lag der Wunsch nach Lebensräumen jenseits von Kommerzialisierung zugrunde, mit dem Ziel einer neu gelebten Solidarität und Gemeinschaftlichkeit. Entsprechend waren sie vor allem lokal ausgerichtet. Ambivalent blieb, inwieweit sich die Menschen um Veränderungen und Katastrophen im Zusammenhang mit dem Klimawandel sorgten. Die Sorge vor Hochwasserereignissen schien (auch) südlich der Elbe derzeit keine dominante Zukunftsangst zu sein. Im Gegenteil: auch in den imaginären Transformationsgeschichten, die die Teilnehmenden aus der Perspektive eines

zukünftig gelingenden Wandels zu Papier brachten, manifestierte sich die hier gemachte Erfahrung, dass krisenhafte Ereignisse auch als gesellschaftliche Chance begriffen werden können. Auf die Frage, wie wir in eine bessere Zukunft gekommen sein werden, räumten einige Teilnehmende der Katastrophe einen wichtigen dramaturgischen Platz ein: als Wendepunkt und Moment, in dem Menschen zusammenkamen, sich begegneten, Freundlichkeit übten, sich gegenseitig unterstützten und von da an neu lernten.

DREI FRAGEN AN DIE ZUKUNFT

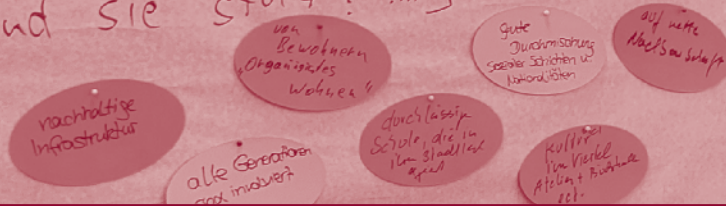
Im letzten Teil unserer kurzen Zukunftswerkstatt wendeten wir den Blick wieder nach vorn in Richtung Zukunft und sammelten Antworten auf drei Fragen, die Orientierung auf den Weg in eine Zukunft schaffen sollten, die den Teilnehmenden erstrebenswert schienen: Wovon müssen wir uns verabschieden, was müssen wir bewahren, was müssen wir erst erfinden?

Bei der Frage, wovon wir uns verabschieden müssen, waren wir in der Zentralbibliothek überrascht über die Vielzahl von Begriffen, die unser Wirtschaftssystem in den Mittelpunkt stellen, wie »Konsumgesellschaft«, »Kapitalismus«, »Wachstum«, »Wohlstand auf Kosten anderer«, »Bevormundung durch die Politik«, »Wohlstand«, »Neoliberalismus«, »Egoismus«, aber auch der »Wunsch nach einer klaren Lösung«, der Slogan

SCENARIO 2:

POSITIVE VISION

[Wetter, Verkehr, Stimmung, Weltlage,
Worum sorgen sich d. Leute? Worauf
sind sie stolz? ...]



Der Blick zurück aus der Zukunft

Mit der Einladung, sich Hamburg im Jahr 2040 vorzustellen, versuchten wir, dystopische und visionäre Bilder einzufangen und zur Diskussion zu stellen: Wie können wir über die Krisen der Gegenwart hinaus denken in Richtung Zukunft? Dafür baten wir die Teilnehmenden im Vorfeld um eine kleine Imaginationsaufgabe: Wie sieht es in Hamburg 2040 aus? Was bewegt die Menschen und mit welchen Realitäten werden sie umgehen (müssen)? Viele Beteiligte haben vorher mit Familienmitgliedern, Freund:innen und Bekannten über diese Frage diskutiert und Impulse davon in die Anfangsdiskussion eingebracht. Es sollte dabei möglichst konkret und haptisch zugehen: Wie ist das Wetter? Wie ist der Verkehr? Wie ist die Weltlage und wie ist die Stimmung in der Stadt, und in der Nachbarschaft? Worum sorgen sich die Menschen und wie kommen sie über die Runden? Worüber gibt es Konflikte? Später vertieften wir die Diskussion anhand der Extreme einer erfolgreichen positiven Vision und eines Szenarios von Kollaps und Katastrophe und diskutierten, welche Transformationen in der Gegenwart stattfinden müssen, damit wir uns dem visionären Szenario annähern können.

»Wir müssen alle mitnehmen«, »Autos« oder »3 mal im Jahr in den Süden fliegen«. Bewahren wollten die Teilnehmenden vor allem menschliche und zwischenmenschliche Tugenden, wie »Liebe zur Natur«, »Menschlichkeit«, »Dialogfähigkeit«, »Offenheit«, »Neugierde«, aber auch »Feminismus«, »Konfliktkultur«, »Gemeinschaftsempfindung« und »Solidarität«, sowie »Glaube in staatliche Institutionen«, »unabhängige Gerichte«. Erfinden müssten wir ein wahrhaft »globales Denken«, »soziale Gerechtigkeit«, den »Müßiggang«, und dabei auch »uns« selbst.

In Wilhelmsburg war das Bild heterogener: Zum einen waren es Aspekte nicht-nachhaltiger Lebensweisen, von denen sich Menschen verabschieden wollten, wie »Plastik«, »Verbrennungsmotor«, »Grenzenloser Konsum«, »Vereinzelte Wohnformen«, »Ressourcenverschwendung« und »Atomenergie«. Zum anderen wollen die Menschen bestimmte »starre Strukturen« loswerden: Hier wurden »Ungerechtigkeit«, »Rassismus«, »Patriarchat«, »ungezügelter Gewalt«, »Visa«, aber auch die »Angst vor der Zukunft«, »Digitale Abhängigkeit«, »Ungezügelter Geldwirtschaft« und »Fake News« genannt.

Was wir bewahren und ausbauen müssen? Dabei ging es nicht nur um konkrete Dinge wie »längere S-Bahnzüge« oder »bezahlbaren Wohnraum«, sondern vor allem um Themen wie »Toleranz«, »Wertschätzung«, »emotionale Kompetenz«,

»Kräfte sammeln für Veränderung« und »Verständnis füreinander« und »Naturverbundenheit«. Viele Themen bewegten sich auch im Feld von Bildung und die Rolle von Schule: »Chancengleichheit«, »Talente fördern«, »Interkulturalität«, »niedrigschwellige Kultur« und »Glück als Schulfach«.

Zu den Dingen, die die Teilnehmenden in Wilhelmsburg erst noch erfinden wollten zählten ein »neuer Umgang mit Nahrungsmitteln«, »unabhängige Nutzung von Sonnenenergie« und insgesamt »autarke Strukturen« etwa für Trinkwasser und Energie. Gesamtsystemisch wünschten sie sich »echte Inklusion, auch für Menschen mit psychischen und körperlichen Erkrankungen«, den »Ausbau von Grundversorgung«, aber auch »allumfassende Bevölkerungswarnungen im Katastrophenfall« sowie »neue Beteiligungsverfahren« am politischen Prozess. Auch hier waren zwischenmenschliche Aspekte wieder zentral, wie »Ehrlichkeit«, »Fairness«, »Respekt«, und die Suche nach »Friedensrezepten«.



SCENARIO 2: POSITIVE VISION

Wetter, Verkehr, Stimmung, Weltlage,
Worum sorgen sich d. Leute? Worauf
sind sie stolz? ...



INSEL-MUTTER

fritz-kola

fritz-kola

Schlussfolgerungen für eine partizipative Friedens- und Sicherheitsforschung

Eines der Ziele unseres Projekts war es, Menschen aus Hamburg aktiv in den Forschungsprozess einzubinden. Wir wollten so nicht nur einen Einblick erhalten, wie sie multiple Krisen wahrnehmen und welche Bewältigungsstrategien sie identifizieren. Sondern wir wollten damit auch die Möglichkeiten partizipativer Forschungsmethoden in der Friedens- und Sicherheitsforschung erkunden. Neben den inhaltlichen Forschungsergebnissen lassen sich aus dem Projekt deshalb auch methodische Schlussfolgerungen für zukünftige Forschungsprojekte ableiten.

INKLUSIVE UND BEDARFS-ORIENTIERTE BETEILIGUNG ERMÖGLICHEN!

Es war nicht immer leicht, Menschen für die Teilnahme an den Forschungswerkstätten zu gewinnen. Als wir in Wilhelmsburg am Einkaufszentrum gegenüber der Stadtteilbibliothek Flyer verteilen, gestikuliert ein älteres Paar im Bäckereicafé schon von weitem: »Nein, bitte nicht! Damit wollen wir nichts zu tun haben. Überall nur Krise, wir wollen in Frieden gelassen werden!« Was bedeuten solche Reaktionen für partizipative For-

schung und wie können Forschungswerkstätten für die Beteiligten relevant werden? Wird eine Veränderung angestoßen oder »nur geredet«?

Für die erfolgreiche Planung und Durchführung von Beteiligungsformaten ist eine Auseinandersetzung mit diesen Fragen und die klare Kommunikation darüber wichtig. Statt »Beforschung« der Beteiligten muss sich ernst gemeinte partizipative Forschung an den Interessen der Beteiligten orientieren. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist, dass Forschungswerkstätten inklusiv gestaltet werden. Sie müssen sicherstellen, dass für insbesondere Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, sozioökonomischen Benachteiligungen, existenziellen Sorgen oder mehreren Jobs neben familiären Betreuungsaufgaben eine Teilnahme nicht nur möglich ist, sondern auch sinnvoll erscheint. Und schließlich gilt es, negative Folgen zu verhindern, etwa, wenn Menschen Angst vor Nachteilen oder gar Repressionen haben müssen, weil sie in Forschungswerkstätten offen über ihr soziales Umfeld sprechen. Denn anders als die Forschenden müssen die beteiligten Menschen auch nach einer Forschungswerkstatt gemeinsam in einem Stadtteil zusammenleben.

VERBINDUNGEN ZWISCHEN ›GROSSER POLITIK‹ UND ALLTAGSEBENE KNÜPFEN!

Unsere Forschungswerkstätten waren thematisch bewusst offen angelegt. Wir wollten weder eine frühzeitige Festlegung auf ausgewählte Krisen vornehmen, noch ein festgelegtes Set von Bewältigungsstrategien definieren. Vielmehr sollten unterschiedliche Krisenverständnisse und Erfahrungen im Umgang mit multiplen Krisen zusammengetragen werden. Dabei waren die Bezüge zwischen der ‚großen Politik‘ und der eigenen Lebenswelt nicht immer leicht herzustellen. In einigen Forschungswerkstätten diskutierten die Beteiligten gerne und lebhaft über politische und gesellschaftliche Makroperspektiven, drangen aber nur selten auf die eigene Alltagsebene vor. Gleichzeitig artikulierten einige Teilnehmende, vor allem aus wohlhabenderen Stadtteilen, ein Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen dem eigenen Lebensstil und dem Fortschreiten der ökologischen Zerstörung.

In anderen Werkstätten standen die — zum Teil sehr persönlichen — Alltagsorgen der Menschen im Mittelpunkt, während die Rückkopplung zu den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Krisenmanagements nicht immer geschah. Eine mögliche Ursache hierfür könnte aber sein, dass das Thema »multiple Krisen« in sich bereits eine Differenz von ‚großer Politik‘

und Alltag betont und die fehlende Verbindung also bereits in der Ausgangsfrage angelegt wäre. Das Potenzial partizipativer Methoden könnte besser ausgeschöpft werden, wenn zukünftige Forschungswerkstätten eine engere Verknüpfung von Alltagsebene und ‚großer Politik‘ ermöglichen. Dies verlangt aber Sensibilität bei der Formulierung der Themen, um nicht bereits hier erste Abkopplungseffekte zu erzeugen. Gleichzeitig gilt es zu fragen, was von einer Werkstatt für eine Gemeinschaft bleibt oder was entsteht; und welche Rolle und Funktion wir Forschende in und für bestehende Beziehungsgeflechte, Forschung und Aktivismus vor Ort haben (wollen).

HIJACKING VERHINDERN!

Das Projekt fragte nach persönlichen Krisenwahrnehmungen und Herangehensweisen im Umgang mit Krisenerfahrungen. Ein »richtig oder falsch“ gab es bei der Auseinandersetzung in den Werkstätten also nicht. Und dennoch standen einzelne Forschungswerkstätten vor der Herausforderung, mit Einzelmeinungen umzugehen, die mit Versatzstücken verschwörungstheoretischer Narrative hantierten — Inhalte, die, wie in den Bewegungen gegen die staatliche Coronapolitik deutlich geworden ist, mitunter in ein Denken eingebettet sind, das von demokratiefeindlichen und minderheitenverachtenden Akteur:innen verbreitet wird. Hier galt es die Balance zu finden, auch Wahrnehmungen von Krisen zu hören, die



Forschungsfragen für die Friedens- und Sicherheitsforschung

Die Friedens- und Sicherheitsforschung hat eine lange Tradition praxis- bzw. handlungsorientierter Forschung, die auch mit gesellschaftskritischen Impulsen einhergehen kann. Methodisch dominiert dabei aber oft eine Trennung wissenschaftlicher Expertise von alltagsweltlicher Erfahrung: Die Wissenschaft stellt die Fragen, beantwortet sie und die Bürger:innen können im besten Fall die Ergebnisse nachlesen. Was passiert aber, wenn auch Menschen ohne Forschungserfahrung im partizipativen Prozess Fragen für die Wissenschaft entwerfen? Fragen zu entwickeln ist nicht weniger herausfordernd als Antworten und Lösungsansätze zu finden. Gute Fragen, gerade wenn um sie kollektiv gerungen wurde, können Kompass sein, Aufmerksamkeit erzeugen, und die Forschung anspornen, herauszufinden und in aller Klarheit abzubilden, was Menschen bewegt.

von purem Misstrauen in staatliche Institutionen und öffentliche Medien gezeichnet waren, ohne ihnen den Raum zu geben, den sie gerne gehabt hätten.

Herauszufinden, was Menschen von staatlichen Problemlösungskompetenzen halten und erwarten bedeutet auch, zunächst zu verstehen, wie Ablehnung, Abwendung, Erwartungshaltung und Gestaltungswillen in verschiedenen Nuancierungen und Kombinationen zum Ausdruck kommen. Partizipative Forschungsprozesse müssen so ausgestaltet werden, dass sie sichere Diskurs- und Beteiligungsräume für alle Teilnehmenden schaffen. Die Unterwanderung bzw. Instrumentalisierung durch Einzelpersonen mit demokratie- oder menschenfeindlichen Einstellungen gilt es deshalb zu verhindern.

MITEINANDER REDEN UND HANDLUNGSANSÄTZE ENTWERFEN!

Die Forschungswerkstätten waren bewusst als Foren zum Dialog angelegt. Entsprechend standen Diskussionen, gemeinsame Problemidentifikationen und Zukunftsvisionen im Mittelpunkt. Insbesondere südlich der Elbe und in Blankenese drehten sich die Diskussionen oft darum, was getan werden kann, was es schon gibt, und was noch besser gelingen könnte. In Wilhelmsburg etwa wurden viele Lösungsansätze aus der Praxis im Stadtteil diskutiert: vom »Glückscafé« über

ressourcenschonende Wohnkonzepte bis hin zu niedrigschwelligen Kulturinitiativen. In Blankenese luden wir die Teilnehmenden ein, selbst Fragen zu formulieren, die sie in Bezug auf Krisen gern erforschen würden oder die sie der Friedens- und Sicherheitsforschung gern aufgeben wollten. Diese reichten von der konkreten Frage, was passiert, wenn der Strom ausfällt über die Suche nach dem regionalen Know-How zur Krisenbewältigung bis hin zur grundsätzlichen Frage nach der Befriedigung von Bedürfnissen ohne planetare Grenzen zu überschreiten. Um aber wirksame Handlungsvorschläge entwerfen zu können, könnten sich zukünftige Werkstätten stärker auf konkrete Probleme konzentrieren, für die dann gemeinsam Lösungsansätze erarbeitet werden. Auch klassische Zukunftswerkstätten, die auf Vorstellungskraft, Kritikfähigkeit und lokale Erfahrungen setzen, wären hier sinnvolle Formate der gemeinsamen konstruktiven Gestaltung.



Ideen für Stadtgesellschaft und Politik gemeinsam entwickeln

Was folgt aus unseren Forschungswerkstätten für die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft in Hamburg? In den Gesprächen in unseren Werkstätten wurde besonders deutlich, dass es bei der Bewältigung multipler Krisen nicht nur um finanzielle Entlastungen geht, die den Menschen das Leben erleichtern könnten, sondern auch um weniger materielle Aspekte, wie die Suche nach guten Formen des Zusammenlebens, der Kommunikation, der Wertschätzung und ressourcenschonenden Lebensweisen.

Dass den Menschen radikale Veränderungen nicht zugemutet werden können — wie mitunter von politischer Seite vermutet — können unsere Werkstätten nicht bestätigen. Im Gegenteil: Unsere Gesprächspartner:innen äußerten den Willen zu Veränderungen und wurden darin vor allem durch Erfahrungen in und mit lokalen Initiativen ermutigt und bestätigt. Was aber fehlte, waren Vorstellungen davon, wie Veränderungen auf höheren Ebenen gelingen könnte. Hier ist die Politik gefragt, entsprechende Formate zu schaffen und zu unterstützen und die Menschen in Beteiligungsprozesse einbeziehen. Nicht nur in symbolische Akte, sondern in die großen Fragen der Zukunftsgestaltung: von der Verkehrswende bis

zur Versorgung mit Nahrung und Strom. Gleichzeitig müssen sich staatliche Institutionen damit auseinandersetzen, dass sie von vielen Menschen nicht mehr als Krisenmanager wahrgenommen werden und dass ihre Arbeit kritisch bewertet wird, auch wenn es gleichzeitig den Wunsch gibt, dass viele der großen Zukunftsfragen staatlich angegangen werden sollten. Aus unseren Forschungswerkstätten nehmen wir mit, dass sich die Hamburger Politik in vier Bereichen stärker positionieren sollte:

LOKALE BETEILIGUNG STÄRKEN!

Unsere Werkstätten haben gezeigt, dass sich Menschen in die Bearbeitung drängender Zukunftsfragen einbringen möchten, vor allem im Bereich der ökologischen Transformation und der sozialen Teilhabe. Diesem Wunsch, sowie dem Erfahrungswissen und den Ideen der Hamburger:innen sollte durch den Ausbau von Beteiligungsformaten Rechnung getragen werden. In diesem Sinne könnten Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsformate zu stadtteilrelevanten Themen großflächig verankert werden. Gefragt sind keine universellen Patentrezepte, sondern maßgeschneiderte Formate, die den jeweiligen lokalen

Bedingungen und Interessen Rechnung tragen. Dies würde die Akzeptanz und Wirksamkeit politischer Transformation erhöhen und verhindern, dass partizipative Formate als Scheinlegitimation wahrgenommen werden oder ohne wirkliche Effekte verpuffen. Das vorhandene politische Bekenntnis zum Einsatz beteiligungsorientierter Verfahren sollte entsprechend weiterentwickelt und die lokale Verankerung in den Stadtteilen noch stärker betont werden. Das wäre ein wichtiger Schritt in Richtung gemeinsamer politischer Gestaltung und gesellschaftlicher Mitbestimmung, der auch der vielfach diagnostizierten Polarisierung entgegenwirken könnte.

KLAR KOMMUNIZIEREN, NICHT NUR IN KRISENZEITEN!

Die multiplen Krisen der vergangenen Jahre sind durch oft weitreichende staatliche Maßnahmen gekennzeichnet gewesen. Diese gingen aber mit Polarisierungen, Infragestellungen etablierter Wissensbestände und einer Radikalisierung von Protesten einher. Im Angesicht einer wachsenden Skepsis gegenüber staatlicher Politik muss Vertrauen neu gewonnen werden. Dafür ist eine klare und engagierte Kommunikation über städtische Maßnahmen und über mitunter schwierige Abwägungen in der Entscheidungsfindung unerlässlich. Denn nur so können die Menschen in Hamburg politische Prozesse besser nachvollziehen und die vielfältigen Verbindungen zu ihrer eigenen

Alltagswelt erkennen. Das gilt nicht nur in Krisenzeiten, in denen das Verhältnis von staatlichen und lokalen Bearbeitungspotenzialen ausgehandelt wird. Sondern es ist vor allem bei vermeintlichen Routineentscheidungen wichtig, die im Alltag der Menschen in Hamburg oft als sehr viel weitreichender wahrgenommen werden. Gerade hier anzusetzen, erscheint uns eine wichtige Voraussetzung, um Vertrauen wiederherzustellen, Menschen für tiefgreifende Veränderungsprozesse zu gewinnen und die Bereitschaft für Engagement in der Stadtgesellschaft weiter zu stärken.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE INITIATIVEN FÖRDERN!

Unsere Werkstätten wären ohne die Unterstützung und Beteiligung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Initiativen, Nachbarschaftshilfen oder Vereine nicht denkbar gewesen. Ihr Engagement und ihre Verankerung in den Stadtteilen gab den Teilnehmenden nicht nur Wissen um lokale Probleme, sondern auch Zuversicht angesichts gefundener Lösungen. Gerade Menschen mit Migrations- oder Diskriminierungserfahrungen bringen den Initiativen oft mehr Vertrauen entgegen, als der Politik. Zivilgesellschaftliche Initiativen haben einen gemeinschaftsstärkenden Charakter, der für viele Menschen in Hamburg einen besseren Umgang mit Krisen ermöglicht. Viele dieser Initiativen arbeiten ehrenamtlich und mit hohem persönlichem Einsatz. Mehr städtische Unterstützung wäre ein

wichtiger Beitrag, um in den Stadtteilen Engagement zu fördern und nachhaltig zu etablieren.

ZUKUNFTSGESTALTUNGEN GEMEINSAM WAGEN!

Auf Krisen nur zu reagieren reicht nicht aus. Gerade in Zeiten schwindender Ressourcen, wachsender Zukunftsängste sowie drohender Verteilungs-

konflikte braucht es eine visionäre Politik, die sich an geglückten Modellen der gesellschaftlichen Transformation orientiert und nicht daran, was Menschen angeblich nicht zuzutrauen ist. Die Sorgen und Ärgernisse, aber auch die vielen konstruktiven Vorschläge aus den Forschungswerkstätten können für eine solche visionäre Politik Ansporn und Inspiration sein.



Impressum

Universität Hamburg
Mittelweg 177, 20148 Hamburg
+ 49 40 42838-0 | <https://ifsh.de/muve>

Redaktion: Christine Hentschel, Ann-Kathrin Benner, Holger Niemann, Ursula Schröder

Grafikdesign: Martin Kollmann

Foto-Credits: Projekt MUVE

Druck: Universitätsdruckerei, Hamburg

Textlizenz: Creative Commons CC-BY-ND (Attribution/NoDerivatives/4.0 International)

DOI: 10.25592/uhhfdm.13527

Redaktionsschluss: 31.10.2023

Das Projekt *Multiple Krisen verstehen und bewältigen* wurde im Rahmen der Förderlinie *Science for Society* der Landesinnovationsförderung von der Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke der Freien und Hansestadt Hamburg gefördert.



Auf welche Weise sind Krisen wie die Pandemie, die Klimakrise und der Krieg in Europa im Alltag der Menschen in Hamburg angekommen?

Bisher gibt es nur wenig Wissen darüber, wie Hamburger:innen die vielfältigen Krisen der Gegenwart wahrnehmen, welche Lernprozesse sie für den Umgang mit Krisen in den letzten Jahren entwickelt haben und wie sich dies in unterschiedlichen Zukunftsentwürfen widerspiegelt.

Ziel unseres Projektes war es, aus den unterschiedlichen Wissensbeständen von Menschen in verschiedenen Hamburger Stadtteilen zu genau diesen Fragen mehr zu erfahren und so Perspektiven für zukünftige Forschungsschwerpunkte entwickeln zu können.

Frieden
denken
(angesichts der
Krisen)

Rüstung
Demilitar
Ausprova
d. Bürger
an den
Staat